



HAUPTVERBAND DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALVERSICHERUNGSTRÄGER

1031 WIEN

KUNDMANNGASSE 21

POSTFACH 600

TEL. 0222/72 56 21

TELEX 136682 hvsvt a

DVR 0024279

K1. 232 DW

Zl. 15-43.35/85 Sd/En

Wien, 4. März 1985

An das

Präsidium des Nationalrates
Parlament

1017 Wien

| | |
|-----------|--------------|
| ENTWURF | |
| Zl. | 2 03/19 85 |
| Datum: | 8. MRZ. 1985 |
| Verteilt: | 1. MRZ. 1985 |

Flammer

Hajik

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über die Nachtarbeit der Frauen geändert wird

Bezug: Schreiben des Bundesministeriums für soziale Verwaltung an den Hauptverband vom 21. Dezember 1984, Zl. AV 31.250/63-V/2/1984

Das Bundesministerium für soziale Verwaltung hat uns ersucht, Ihnen 25 Exemplare unserer Stellungnahme zum genannten Gesetzesentwurf direkt zu übermitteln.

Wir senden Ihnen hiemit die gewünschten Kopien.

Der Generaldirektor:

Beilagen

**HAUPTVERBAND DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALVERSICHERUNGSTRÄGER**

1031 WIEN

KUNDMANNGASSE 21

POSTFACH 600

TEL. 0222/72 56 21

TELEX 136682 hvsvt a

DVR 0024279

Kl. 232 DW

Zl. 15-43.35/85 Sd/En

Wien, 7. März 1985

An das
Bundesministerium für
soziale Verwaltung
Stubenring 1
1010 Wien

Betr.: Änderung des Bundesgesetzes über die Nachtarbeit
der Frauen

Bezug: Ihr Schreiben vom 21. Dezember 1984,
Zl. AV 31.250/63-V/2/1984

Wir vertreten zum vorliegenden Änderungsentwurf folgende
Ansicht:

Zu Art.I Z.4:

Das Bundesgesetz über die Nachtarbeit der Frauen soll
in Zukunft für bestimmte Dienstnehmerinnen beruflicher Inter-
essenvertretungen nicht mehr gelten. Lehr-, Bildungs- und Er-
ziehungstätigkeit jeglicher Art sollen in Zukunft generell nicht
mehr unter das Nachtarbeitsverbot für Frauen fallen (bisher wa-
ren nur Dienstnehmerinnen der Gebietskörperschaften ausgenommen).

Leider nimmt das Gesetz nicht darauf Rücksicht, daß
auch die Sozialversicherung wesentliche Beratungs- und Schul-
lungsaufgaben (z.B. die Berufsschadensprophylaxe gemäß § 186
Z.2 ASVG in der gesetzlichen Unfallversicherung) wahrzunehmen
hat, wobei es durchaus auch notwendig sein kann, Dienstleistun-
gen nach 20 Uhr (also Nachtarbeit) zu verrichten.

Für eine Lehr-, Bildungs-, Erziehungs- und Beratungstätigkeit, die von einer beruflichen Interessenvertretung vorgenommen wird, sollen die Beschäftigungsverbote betreffend Nachtarbeit der Frauen in Zukunft generell nicht gelten.

Was für die beruflichen Interessenvertretungen vorgesehen ist, sollte auch für die Sozialversicherungsträger normiert werden; die soziale Bedeutung der Beratungs-, Schulungs- und Betreuungsaufgaben, die die Sozialversicherungsträger vornehmen (z.B. bei Rehabilitationsmaßnahmen), rechtfertigt unseres Erachtens ebenfalls eine generelle Ausnahme der dort tätigen Dienstnehmerinnen vom Nachtarbeitsverbot.

Zu Art. I Z. 9:

Aus dem vorgeschlagenen Änderungstext geht hervor, daß der Gesetzgeber die Auffassung vertritt, soziale Dienste würden nur von Gebietskörperschaften, Vereinen, religiösen Organisationen, nicht aber von der Sozialversicherung durchgeführt. Auch hier sei auf die Betreuungstätigkeit im Rahmen der Rehabilitationseinrichtungen der Sozialversicherung verwiesen und eine Gleichstellung der Sozialversicherungsträger mit den eingangs genannten Organisationen vorgeschlagen. Auch die Sozialversicherung soll die Möglichkeit haben, Betreuungsmaßnahmen durch Dienstnehmerinnen auch in der Nachtzeit durchführen zu können.

Die vorgeschlagene Gesetzesänderung würde die gegebene Einschränkung im Einsatz von Dienstnehmerinnen für Betreuungstätigkeiten während der Nachtzeit zu Gunsten beruflicher Interessenvertretungen aufheben, für die Sozialversicherung aber bestehen bleiben lassen.

Wir ersuchen daher dringend, die Sozialversicherungsträger hinsichtlich der Erleichterung der Nachtarbeit von Frauen den beruflichen Interessenvertretungen und Gebietskörperschaften gleichzustellen.

25 Exemplare dieser Stellungnahme werden direkt dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

Der Generaldirektor:

iv Stotale



HAUPTVERBAND DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALVERSICHERUNGSTRÄGER

1031 WIEN

KUNDMANNGASSE 21

POSTFACH 600

TEL. 0222/72 56 21

TELEX 136682 hvsvt a

DVR 0024279

Kl. 232 DW

Zl. 15-43.35/85 Sd/En

Wien, 7. März 1985

An das
Bundesministerium für
soziale Verwaltung
Stubenring 1
1010 Wien

Betr.: Änderung des Bundesgesetzes über die Nachtarbeit
der Frauen

Bezug: Ihr Schreiben vom 21. Dezember 1984,
Zl. AV 31.250/63-V/2/1984

Wir vertreten zum vorliegenden Änderungsentwurf folgende
Ansicht:

Zu Art.I Z.4:

Das Bundesgesetz über die Nachtarbeit der Frauen soll
in Zukunft für bestimmte Dienstnehmerinnen beruflicher Inter-
essenvertretungen nicht mehr gelten. Lehr-, Bildungs- und Er-
ziehungstätigkeit jeglicher Art sollen in Zukunft generell nicht
mehr unter das Nachtarbeitsverbot für Frauen fallen (bisher wa-
ren nur Dienstnehmerinnen der Gebietskörperschaften ausgenommen).

Leider nimmt das Gesetz nicht darauf Rücksicht, daß
auch die Sozialversicherung wesentliche Beratungs- und Schul-
lungsaufgaben (z.B. die Berufsschadensprophylaxe gemäß § 186
Z.2 ASVG in der gesetzlichen Unfallversicherung) wahrzunehmen
hat, wobei es durchaus auch notwendig sein kann, Dienstleistun-
gen nach 20. Uhr (also Nachtarbeit) zu verrichten.

Für eine Lehr-, Bildungs-, Erziehungs- und Beratungstätigkeit, die von einer beruflichen Interessenvertretung vorgenommen wird, sollen die Beschäftigungsverbote betreffend Nachtarbeit der Frauen in Zukunft generell nicht gelten.

Was für die beruflichen Interessenvertretungen vorgesehen ist, sollte auch für die Sozialversicherungsträger normiert werden; die soziale Bedeutung der Beratungs-, Schulungs- und Betreuungsaufgaben, die die Sozialversicherungsträger vornehmen (z.B. bei Rehabilitationsmaßnahmen), rechtfertigt unseres Erachtens ebenfalls eine generelle Ausnahme der dort tätigen Dienstnehmerinnen vom Nachtarbeitsverbot.

Zu Art. I Z. 9:

Aus dem vorgeschlagenen Änderungstext geht hervor, daß der Gesetzgeber die Auffassung vertritt, soziale Dienste würden nur von Gebietskörperschaften, Vereinen, religiösen Organisationen, nicht aber von der Sozialversicherung durchgeführt. Auch hier sei auf die Betreuungstätigkeit im Rahmen der Rehabilitationseinrichtungen der Sozialversicherung verwiesen und eine Gleichstellung der Sozialversicherungsträger mit den eingangs genannten Organisationen vorgeschlagen. Auch die Sozialversicherung soll die Möglichkeit haben, Betreuungsmaßnahmen durch Dienstnehmerinnen auch in der Nachtzeit durchführen zu können.

Die vorgeschlagene Gesetzesänderung würde die gegebene Einschränkung im Einsatz von Dienstnehmerinnen für Betreuungstätigkeiten während der Nachtzeit zu Gunsten beruflicher Interessenvertretungen aufheben, für die Sozialversicherung aber bestehen bleiben lassen.

Wir ersuchen daher dringend, die Sozialversicherungsträger hinsichtlich der Erleichterung der Nachtarbeit von Frauen den beruflichen Interessenvertretungen und Gebietskörperschaften gleichzustellen.

25 Exemplare dieser Stellungnahme werden direkt dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

Der Generaldirektor:

iv 